

September 20, 1991

**The Chancellor's [Helmut Kohl's] Meeting with
Spanish Prime Minister Felipe Gonzales, Thursday,
19 September 1991, 11:20 until 12:46 hours**

Citation:

"The Chancellor's [Helmut Kohl's] Meeting with Spanish Prime Minister Felipe Gonzales, Thursday, 19 September 1991, 11:20 until 12:46 hours", September 20, 1991, Wilson Center Digital Archive, BArch, B 136/59746, 119-126. Contributed, transcribed, and translated by Stephan Kieninger.

<https://wilson-center-digital-archive.dvincitest.com/document/300144>

Summary:

Kohl and Gonzalez discuss the potential for European integration after Germany's unification and the urge for fast action after the coup in Moscow. They review the ensuing war in Yugoslavia and the need for the Federal Republic to avoid going it alone in its efforts for the recognition of Slovenia and Croatia.

Original Language:

German

Contents:

Original Scan

Transcript - German

Translation - English

Abteilungsleiter 2
MDg Dr. Kaestner, 2210

Bonn, den 20. September 1991

113

118

Über
Herrn Chef des Bundeskanzleramtes
Herrn Bundeskanzler

23. Sep. 91

ks-4

Der Leiter
des Kanzlerbüros
23. SEP, 1991

Betr.: Ihr Gespräch mit dem spanischen Ministerpräsidenten Felipe
Gonzales
Bonn, 19. September 1991, 11.20 bis 12.45 Uhr

Hiermit lege ich mit der Bitte um **Genehmigung** den Vermerk über Ihr
Gespräch mit dem spanischen Ministerpräsidenten Felipe Gonzales vor.

Hartmann
(Dr. Hartmann)

U. Kaestner

see

*9/24/91
2/21/91
2/21/91
2/21/91*

Gruppenleiter 21
MDg Dr. Kaestner, 2210

Bonn, den 20. September 1991

114

119

V e r m e r k

Betr.: Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit dem spanischen
Ministerpräsidenten Felipe Gonzales
Donnerstag, 19. September 1991, 11.20 bis 12.45 Uhr

Der Bundeskanzler begrüßt Ministerpräsident Gonzales aufs herzlichste.
Anknüpfend an ein früheres Gespräch verabreden sie sich, Anfang 1992 ein
Wochenende gemeinsam auf einer marokkanischen Oase zu verbringen, und
zwar nachdem das Westsahara-Referendum stattgefunden hat.

Ministerpräsident Gonzales erwähnt, daß er König Hassan schon von diesem
Projekt berichtet habe und dieser mit Sicherheit zu einem Treffen in
seinem Palast einladen werde. Vorher - so der Ministerpräsident weiter -
werde man sich jedoch, wie verabredet, noch einmal im November sehen, um
den Europäischen Rat Maastricht vorzubereiten.

Der Bundeskanzler pflichtet bei.

Er berichtet sodann über die Fortschritte beim Vollzug der **deutschen
Einheit** - knapp ein Jahr nach dem 3. Oktober 1990. In wirtschaftlicher
Hinsicht werde man noch zwei harte Jahre zu bestehen haben, dann aber
werde der Durchbruch kommen. Dies sehe z.B. Ministerpräsident Stolpe /
Brandenburg genauso. Er - der Bundeskanzler - werde also in guter
Verfassung zur Wahl 1994 antreten und gewinnen.

Furchtbar seien allerdings die immateriellen Schäden - versinnbildlicht
in der Stasi-Problematik. Dies in Ordnung zu bringen werde lange Zeit,
möglicherweise eine Generation brauchen.

(Exkurs: Schicksal spanischer Revolutionäre)

...

- 2 -

115

Der Bundeskanzler fährt fort, er sei nicht zufrieden, wie die Dinge in der EG liefen. Gestern habe er mit Staatspräsident Mitterrand gesprochen und in der nächsten Zeit enge Zusammenarbeit vereinbart - dasselbe schlage er jetzt auch dem Ministerpräsidenten vor.

120

Der ER Maastricht müsse zum Erfolg werden. Die **Politische Union und die Wirtschafts- und Währungsunion** müßten zustandekommen. Dies sei aus europäischen und deutschen Gründen unerläßlich. Denn für uns Deutsche sei die europäische Einigung mindestens so existentiell wie die deutsche. In der Mitte Europas werde man nur Ruhe bekommen, wenn über die 80 Mio. Deutschen ein europäisches Dach gebaut sei. Sonst gehe das Geschwätz aus der Vergangenheit immer weiter.

Für ihn - so der Bundeskanzler mit lebhafter Zustimmung des Ministerpräsidenten - gebe es keine Wirtschafts- und Währungsunion ohne die Politische Union und umgekehrt. Über die Strukturierung der Politischen Union müsse man noch reden und auch ein schrittweises Vorgehen ins Auge fassen, etwa bei den Rechten des Europäischen Parlaments. Den Zeitplan müsse man aber jetzt festlegen, so wie man es 1986 für den Binnenmarkt getan habe. Dabei komme es nicht auf ein Jahr mehr oder weniger an - entscheidend sei, daß die ganze Entwicklung unumkehrbar sei (Exkurs: innenpolitische Probleme der Niederlande, die dynamisches Vorankommen hindern).

Der Bundeskanzler fährt fort, jetzt müsse man gegen massive Widerstände vorankommen. Auch Staatspräsident Mitterrand müsse sich in Sachen des Parlaments bewegen. Er neige inzwischen wohl dazu, daß man das Parlament überhaupt nicht mehr brauche - so wie er es auch gegenüber der Nationalversammlung zu Hause halte.

Ministerpräsident Gonzales bekräftigt, daß man gerade jetzt - nach dem mißlungenen Putsch in der Sowjetunion - die Einigung Europas machtvoll voranbringen müsse, und zwar nach innen wie nach außen.

- Die Liquidierung der alten Ordnung der Blöcke habe ganz Europa und die ganze Welt betroffen. Das meist betroffene Land sei aber Deutschland, weil es nach innen wie nach außen in eine neue Situation geraten sei. Dies sei eine Statusänderung von historischer Dimension ohne Vorbild.

...

MG

121

- Die Gemeinschaft sei Stabilitätskern für den Bau des ganzen Europäs. Zwar könne sie heute noch nicht die stabilisierende Rolle spielen, die man von ihr erwarte, immerhin sei sie Bezugspunkt nicht nur für die Zwölf, sondern für ganz Europa und darüber hinaus. Deshalb müsse man die falsche Debatte zwischen Vertiefung und Erweiterung beenden. Es gehe nicht um diese Alternative, sondern um komplementäre Prozesse. Selbstverständlich müsse die Gemeinschaft nach innen solider werden, auch was ihre Institutionen betreffe, und die Politische Union und die Wirtschafts- und Währungsunion auf den Weg bringen. Nur dann sei sie in der Lage, zur europäischen Architektur insgesamt beizutragen und - als Nahziel - die Assoziierung mit den Staaten Mittel-, Ost- und Südosteuropas zustande zu bringen. Im Augenblick herrsche leider Verwirrung: Von außen sehe es so aus, als ob die Gemeinschaft die Staaten unterteile in solche, die beitreten dürften, und solche, die es nicht dürften.

- 1998 werde ein Schlüsseljahr der europäischen Entwicklung werden: Sowohl Beginn der übernächsten Legislaturperiode des Europäischen Parlaments mit deutlich mehr Rechten als bisher, als auch entscheidendes Jahr für die Europäische Zentralbank.

Der Bundeskanzler ist mit dem Datum sehr einverstanden. Er betont, die Zentralbank könne nur gelingen, wenn man kein Provisorium etabliere.

Ministerpräsident Gonzales fährt fort, man müsse in europäischen Kriterien denken. Obwohl nicht jeder dies für sein Land sagen könne, wolle er unterstreichen, daß die Einigung Paris-Bonn für die europäische Einheit schlechthin entscheidend sei. Was schließlich die Vorbereitung des ER Maastricht angehe, so habe er große Sorge, daß man eine zu große Tagesordnung mit zu vielen ungelösten Fragen bekomme. Deshalb müsse man sich vorab über Texte einigen und dazu die engsten Mitarbeiter zusammenbringen. Gelingt dies zwischen D und F und zwei bis drei weiteren Ländern, so werde der Gipfel zum Erfolg werden.

Der Bundeskanzler ist einverstanden.

- 4 -

117

122

Der Bundeskanzler verweist auf seine fast neunjährige Amtszeit und seine Arbeitsbelastung, die er nicht einmal einem Feind gönnen wolle - dennoch habe er das Gefühl, daß er Fahnenflucht begehe, wenn er nicht jetzt eine große Anstrengung unternehme, um nach der deutschen Einigung auch die Einigung Europas unter Dach und Fach zu bekommen. Diesen Weg fortzusetzen, zwinge ihn sowohl die innenpolitische Lage bei uns (Exkurs: Situation in CDU und SPD), als auch die Tatsache, daß gerade jetzt in den wichtigsten Gemeinschaftsländern Partner an der Spitze stünden, die bereit seien, diesen Weg energisch mitzugehen. Dies gelte auch für Premierminister Major, der - wenn wiedergewählt - wahrscheinlich bereit sein werde, sich deutlicher als bisher in die Richtung europäischer Einigung zu bewegen.

Die Geschichte wiederhole sich nicht. 1990 habe man nur ein Vierteljahr zur Verfügung gehabt, um die deutsche Einheit auf den Weg zu bringen. Heute wäre sie sicher nicht mehr möglich.

Jetzt müsse man Europa mit höchster Priorität behandeln. Hinsichtlich der Politischen Union sehe er bei Staatspräsident Mitterrand bereits positive Bewegung - dies habe er auch Präsident Bush berichten können: Man dürfe keine Kontroverse "hier Europa - da NATO" entstehen lassen, sondern beides weiterentwickeln. Dazu sei F jetzt bereit, desgleichen zum Ausbau der deutsch-französischen Brigade - und man könne überlegen, ob hier nicht noch weitere Länder mitmachen könnten, etwa Spanien.

Ministerpräsident Gonzales betont im Blick auf auch seine fast neunjährige Amtszeit, daß man, wenn man nach so langer Zeit nicht verrückt geworden sei, jedenfalls alle Eitelkeit abgelegt habe. Einziges Ziel bleibe, die Dinge im eigenen Land und in Europa dauerhaft nach vorn zu bewegen. Dieses Ziel sei wichtiger als der zermürende Kleinkrieg in Partei und politischem Alltag. Natürlich müsse man dabei auch Entscheidungen treffen, die nach außen gegen die eigene Partei gerichtet seien.

Er pflichte dem Bundeskanzler bei: Die Herausforderung müsse bis zum Dezember gemeistert werden - die Geschichte wiederhole sich nicht.

...

- 5 -

MS

123

Der Bundeskanzler pflichtet seinerseits dem Ministerpräsidenten bei, daß man die europäischen Länder in nicht in "genehme" und "nicht genehme" unterteilen könne (Exkurs: Innere Situation der MOE). Insbesondere dürfe es nicht zu neuen wirtschaftlichen Trennlinien in Europa kommen - denn wenn die Reformen in Mittel- und Osteuropa nicht funktionierten, werde es zu enormen Völkerwanderungen in Richtung Westen kommen.

Ministerpräsident Gonzales und der Bundeskanzler bekräftigen erneut die hohe EG-Priorität, Demokratisierung, Verankerung demokratischer Institutionen und wirtschaftliche Erholung bei den MOE zu unterstützen und sie im Rahmen vernünftiger **Assoziierungsverträge** an die Gemeinschaft heranzuführen.

Der Ministerpräsident betont, daß man in den Präambeln der Assoziierungsverträge nicht nur die Beitrittsperspektive eröffnen, sondern auch Vorsorge treffen müsse, daß die assoziierten Staaten auf ihren Beitritt konkret vorbereitet und bereits jetzt in den politischen Verbund einbezogen würden.

Der Ministerpräsident fährt zur Lage in der **Sowjetunion** - "oder was davon bleibt" - fort, europäisches Interesse sei, daß die nach dem Putsch angegangenen Prozesse nicht nur insgesamt gut ausgehen, sondern daß auch eine gewisse Unionsstruktur in Politik, Wirtschaft und Markt erhalten bleibe. Spanien habe aus gutem Grund 1,5 Milliarden Dollar - mehr als die USA! - in die Perestroika investiert. Es sei deshalb in hohem Maße interessiert, daß die Dinge nicht auseinanderfielen, sondern sich zu einer erneuerten Union entwickelten. Dies müsse man wirtschaftlich unterstützen.

Der Bundeskanzler pflichtet bei: Er habe in kürzlichen Telefongesprächen mit Staatspräsident Gorbatschow und Präsident Jelzin immer wieder betont, wenn man die Union in einzelne Republiken auflöse, werde man scheitern. Klug sei hingegen, ein ausgewogenes föderales System zu gestalten.

Er pflichte dem Ministerpräsident voll und ganz bei: Man müsse auch seitens des Westens helfen. Er habe dies Präsident Bush soeben erneut verdeutlicht. Dabei gelte: Wer schnell hilft, hilft doppelt. Selbstverständlich könne es nur um Hilfe zur Selbsthilfe gehen (Exkurs: Gespräch mit litauischem Ministerpräsident Vagnorius - dessen Reformprogramm als Vorbild für Jelzins).

...

- 6 -

119

124

Für uns - so der Bundeskanzler weiter - bedeute unser Engagement für die Sowjetunion und für die MOE inzwischen auch ein innenpolitisches Problem: Denn unsere Unterstützungsleistungen seien nicht mehr in Parlament und Öffentlichkeit zu vermitteln, wenn gleichzeitig der Eindruck bestehe, daß wir im Grunde die Bürde allein schulterten (Exkurs: Zahlenbeispiele). Die USA müßten deutlich mehr tun, insbesondere aber müsse man mit Japan energisch reden.

Der Bundeskanzler spricht sodann die Lage in **Jugoslawien** an: Bei ihrer Beurteilung gebe es offenbar in Europa unterschiedliche psychologische Ausgangslagen. Für uns gelte: Der Balkan sei nicht der Nabel der Welt (Exkurs: Bismarck-Zitat "... nicht die Knochen eines einzigen pommerschen Grenadiers wert.").

Gleichzeitig sei in Jugoslawien - so schrecklich das Geschehen dort selbst sei - der große Fortschritt auf internationaler Ebene sichtbar: Wäre dieser Konflikt 1975, auf dem Höhepunkt der Breschnew-Ära ausgebrochen, stände man am Rande des dritten Weltkrieges. So sei der Konflikt - jedenfalls bisher - nur lokal.

Für die Deutschen habe der Konflikt besondere historische und psychologische Dimensionen (Exkurs: Pariser Vorortverträge). Nach der Geschichte des Zweiten Weltkrieges sei es jedenfalls ein völlig abwegiger Gedanke, deutsche Soldaten jetzt dorthin zu schicken - und zwar unabhängig davon, ob unsere Verfassung dies erlaube oder nicht.

Bei uns - so der Bundeskanzler weiter - lebten zur Zeit etwa 700.000 Jugoslawen, davon etwa zwei Drittel Kroaten (Exkurs: Aktivitäten katholisch-kroatischer Gemeinden).

Schließlich müsse man sehen, daß Serbien - zum Teil ohne jede Vernunft - eine expansive Politik in Richtung Groß-Serbien betreibe. Aber auch der kroatische Präsident sei nicht der vernünftigste. So habe er Tudjman dringend geraten, der serbischen Minderheit ein großzügiges Angebot zu machen - dies sei jedoch nicht geschehen.

...

Wie es in Jugoslawien weitergehe, sei sehr schwer abzuschätzen. Einig sei man sich - mit Einschluß Belgrads - wohl nur darin, daß Slowenien endgültig den Weg in die Unabhängigkeit gehen werde. Dies werde aber im verbleibenden Restjugoslawien die Gewichte deutlich zugunsten der Serben verschieben und damit neue Konfliktfelder auf tun.

Insgesamt - so der Bundeskanzler weiter - glaube er nicht mehr an eine friedliche Lösung, wenn man es auch mit allen Kräften weiterhin versuchen müsse. Die Idee einer Friedenstruppe könne im übrigen nur funktionieren, wenn beide Seiten einverstanden sind. Dies aber sei nicht der Fall.

Ministerpräsident Gonzales fragt, ob man - insbesondere in der Europäischen Gemeinschaft - Fehler bei der Bewältigung der Krise gemacht habe oder aber gar nicht anders habe handeln können. Insbesondere frage er sich, ob eine internationale Anerkennung Kroatiens die Lage stabilisiert hätte. Er sehe keine schlüssige Antwort.

Zur Situation in Spanien führt er aus, daß zunächst in der Bevölkerung keine besondere Stimmung zugunsten der einen oder anderen Partei vorgeherrscht habe, jetzt sich die emotionale Waage aber deutlich zugunsten der Kroaten neige. Die täglichen Fernsehberichte täten ihre Wirkung.

Der Bundeskanzler hält eine Anerkennung als solche für keine Lösung, da sich insbesondere die Frage der inneren Grenzen und Minderheiten stelle. Auch frage er sich, was danach komme - Mazedonien? Bosnien? Er halte jedenfalls das Problem der Kosovo-Albaner am kritischsten. Wenn dort Blut fließe, könne die Lage leicht völlig außer Kontrolle geraten.

Bekanntlich wollten nunmehr einige Staaten den Weltsicherheitsrat anrufen - er aber sehe schon jetzt voraus, daß dies nicht laufen werde. Präsident Bush habe für die USA entschieden abgelehnt. Er werde keinen einzigen Soldaten dorthin schicken. Das gleiche gelte für Premierminister Major.

Ministerpräsident Gonzales sieht seinerseits keine Lösung, unter der Jugoslawien - in welcher Form auch immer - zusammenbleibe. Dies habe ihm auch Staatspräsident Mitterrand bestätigt. Andererseits sehe er zur Zeit keine Möglichkeit, diesen Prozeß durch Dialog zu einem friedlichen Ende zu bringen. Auch eine Internationalisierung an sich helfe nicht - und der 7. Oktober (auslaufendes Brioni-Abkommen) nahe schnell.

- 8 -

121

126

Der Bundeskanzler betont, die Bundesrepublik Deutschland werde in Sachen Anerkennung keinen Alleingang machen. Zwar wolle der Vatikan, daß die Deutschen vorangingen - doch er werde diesen Ratschlag zurückgeben. Auch andere würden sich gerne hinter dem deutschen Rücken verstecken.

Natürlich bedrücke die Lage in Jugoslawien sehr, was dort mit der Zivilbevölkerung geschehe sei unglaublich. Aber man dürfe die Entwicklung in Europa nicht von Belgrad abhängig machen. Dies sei der Fehler von 1914 gewesen - und das Ergebnis sei bekannt, obwohl damals keine der Großmächte Krieg gewollt habe.

Der Bundeskanzler erläutert sodann die mit Staatspräsident Mitterrand vorbereitete gemeinsame Erklärung. Ministerpräsident Gonzales hält sie für ausgezeichnet.

Auf Frage des Ministerpräsidenten nach dem Projekt **Metro-Medellin** sagt der Bundeskanzler nähere Informationen über die Mitarbeiter zu.



(Dr. Kaestner)

Gruppenleiter 21
den 20. September 1991
MDg. Dr. Kaestner

Bonn,

V e r m e r k

Betr.: Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit dem spanischen Ministerpräsidenten Felipe Gonzales Donnerstag, 19. September 1991, 11.20 bis 12.46 Uhr^[1]

Der Bundeskanzler begrüßt Ministerpräsident Gonzales auf herzlichste. Anknüpfend an ein früheres Gespräch verabreden sie sich, Anfang 1992 ein Wochenende gemeinsam auf einer marokkanischen Oase zu verbringen, und zwar nachdem das Westsahara-Referendum stattgefunden hat.

Ministerpräsident Gonzales erwähnt, daß er König Hassan schon von diesem Projekt berichtet habe und dieser mit Sicherheit zu einem Treffen in seinem Palast einladen werde. Vorher - so der Ministerpräsident weiter - werde man sich jedoch, wie verabredet, noch einmal im November sehen, um den Europäischen Rat Maastricht vorzubereiten.

Der Bundeskanzler pflichtet bei.

Er berichtet sodann über die Fortschritte beim Vollzug der deutschen Einheit knapp ein Jahr nach dem 3. Oktober 1990. In wirtschaftlicher Hinsicht werde man noch zwei harte Jahre zu bestehen haben, dann aber werde der Durchbruch kommen. Dies sehe z.B. Ministerpräsident Stolpe / Brandenburg genauso. Er - der Bundeskanzler - werde also in guter Verfassung zur Wahl 1994 antreten und gewinnen.

Furchtbar seien allerdings die immateriellen Schäden versinnbildlicht in der Stasi-Problematik. Dies in Ordnung zu bringen werde lange Zeit, möglicherweise eine Generation brauchen.

(Exkurs: Schicksal spanischer Revolutionäre)

Der Bundeskanzler fährt fort, er sei nicht zufrieden, wie die Dinge in der EG liefen. Gestern habe er mit Staatspräsident Mitterrand gesprochen und in der nächsten Zeit enge Zusammenarbeit vereinbart - dasselbe schlage er jetzt auch dem Ministerpräsidenten vor.

Der ER Maastricht müsse zum Erfolg werden. Die Politische Union und die Wirtschafts- und Währungsunion müßten zustandekommen. Dies sei aus europäischen und deutschen Gründen unerlässlich. Denn für uns Deutsche sei die europäische Einigung mindestens so existentiell wie die deutsche. In der Mitte Europas werde man nur Ruhe bekommen, wenn über die 80 Mio. Deutschen ein europäisches Dach gebaut sei. Sonst gehe das Geschwätz aus der Vergangenheit immer weiter.

Für ihn - so der Bundeskanzler mit lebhafter Zustimmung des Ministerpräsidenten - gebe es keine Wirtschafts- und Währungsunion ohne die Politische Union und umgekehrt. Über die Strukturierung der Politischen Union müsse man noch reden und auch ein schrittweises Vorgehen ins Auge fassen, etwa bei den Rechten des Europäischen Parlaments. Den Zeitplan müsse man aber jetzt festlegen, so wie man es 1986 für den Binnenmarkt getan habe. Dabei komme es nicht auf ein Jahr mehr oder weniger an - entscheidend sei, daß die ganze Entwicklung unumkehrbar sei (Exkurs: innenpolitische Probleme der Niederlande, die dynamisches Vorankommen hindern).

Der Bundeskanzler fährt fort, jetzt müsse man gegen massive Widerstände vorankommen. Auch Staatspräsident Mitterrand müsse sich in Sachen des Parlaments bewegen. Er neige inzwischen wohl dazu, daß man das Parlament überhaupt nicht mehr brauche - so wie er es auch gegenüber der Nationalversammlung zu Hause halte.

Ministerpräsident Gonzales bekräftigt, daß man gerade jetzt - nach dem mißlungenen Putsch in der Sowjetunion - die Einigung Europas machtvoll voranbringen müsse, und zwar nach innen wie nach außen.

- Die Liquidierung der alten Ordnung der Blöcke habe ganz Europa und die ganze Welt betroffen. Das meist betroffene Land sei aber Deutschland, weil es nach innen wie nach außen in eine neue Situation geraten sei. Dies sei eine Statusänderung von historischer Dimension ohne Vorbild.

- Die Gemeinschaft sei Stabilitätskern für den Bau des ganzen Europas. Zwar könne sie heute noch nicht die stabilisierende Rolle spielen, die an von ihr erwarte, immerhin sei sie Bezugspunkt nicht nur für die Zwölf, sondern für ganz Europa und darüber hinaus. Deshalb müsse man die falsche Debatte zwischen Vertiefung und Erweiterung beenden. Es gehe nicht um diese Alternative, sondern um komplementäre Prozesse. Selbstverständlich müsse die Gemeinschaft nach innen solider werden, auch was ihre Institutionen betreffe, und die Politische Union und die Wirtschafts- und Währungsunion auf den Weg bringen. Nur dann sei sie in der Lage, zur europäischen Architektur insgesamt beizutragen und - als Nahziel - die Assoziierung mit den Staaten Mittel-, Ost- und Süd-osteuropas zustande zu bringen. In Augenblick herrsche leider Verwirrung: Von außen sehe es so aus, als ob die Gemeinschaft die Staaten unterteile in solche, die beitreten dürften, und solche, die es nicht dürften.

- 1998 werde ein Schlüsseljahr der europäischen Entwicklung werden: Sowohl Beginn der übernächsten Legislaturperiode des Europäischen Parlaments mit deutlich mehr Rechten als bisher, als auch entscheidendes Jahr für die Europäische Zentralbank.

Der Bundeskanzler ist mit dem Datum sehr einverstanden. Er betont, die Zentralbank könne nur gelingen, wenn man kein Provisorium etabliere.

Ministerpräsident Gonzales fährt fort, man müsse in europäischen Kriterien denken. Obwohl nicht jeder dies für sein Land sagen könne, wolle er unterstreichen, daß die Einigung Paris-Bonn für die europäische Einheit schlechthin entscheidend sei. Was schließlich die Vorbereitung des ER Maastricht angehe, so habe er große Sorge, daß man eine zu große Tagesordnung mit zu vielen ungelösten Fragen bekomme. Deshalb müsse man sich vorab über Texte einigen und dazu die engsten Mitarbeiter zusammenbringen. Gelingt dies zwischen D und F und zwei bis drei weiteren Ländern, so werde der Gipfel zum Erfolg werden.

Der Bundeskanzler ist einverstanden.

Der Bundeskanzler verweist auf seine fast neunjährige Amtszeit und seine Arbeitsbelastung, die er nicht einmal einem Feind gönnen wolle - dennoch habe er das Gefühl, daß er Fahnenflucht begehe, wenn er nicht jetzt eine große Anstrengung unternehme, um nach der deutschen Einigung auch die Einigung Europas unter Dach und Fach zu bekommen. Diesen Weg fortzusetzen zwingt ihn sowohl die innenpolitische Lage bei uns (Exkurs: Situation in CDU und SPD), als auch die Tatsache, daß gerade jetzt in den wichtigsten Gemeinschaftsländern Partner an der Spitze stünden, die bereit seien, diesen Weg energisch mitzugehen. Dies gelte auch für Premierminister Major, der - wenn wiedergewählt - wahrscheinlich bereit sein werde, sich deutlicher als bisher in die Richtung europäischer Einigung zu bewegen. Die Geschichte wiederhole sich nicht. 1990 habe man nur ein Vierteljahr zur Verfügung gehabt, um die deutsche Einheit auf den Weg zu bringen. Heute wäre sie sicher nicht mehr möglich.

Jetzt müsse man Europa mit höchster Priorität behandeln. Hinsichtlich der Politischen Union sehe er bei Staatspräsident Mitterrand bereits positive Bewegung - dies habe er auch Präsident Bush berichten können: Man dürfe keine Kontroverse "hier Europa - da NATO" entstehen lassen, sondern beides weiterentwickeln. Dazu sei F jetzt bereit, desgleichen zum Ausbau der deutsch-französischen Brigade - und man könne überlegen, ob hier nicht noch weitere Länder mitmachen könnten, etwa Spanien.

Ministerpräsident Gonzales betont im Blick auf sich seine fast neunjährige Amtszeit, daß man, wenn man nach so langer Zeit nicht verrückt geworden sei, jedenfalls alle Eitelkeit abgelegt habe. Einziges Ziel bleibe, die Dinge im eigenen Land und in Europa dauerhaft nach vorn zu bewegen. Dieses Ziel sei wichtiger als der zermürbende Kleinkrieg in Partei und politischem Alltag. Natürlich müsse man dabei auch Entscheidungen treffen, die nach außen gegen die eigene Partei gerichtet seien.

Er pflichte dem Bundeskanzler bei: Die Herausforderung müsse bis zum Dezember gemeistert werden - die Geschichte wiederhole sich nicht.

Der Bundeskanzler pflichtet seinerseits dem Ministerpräsidenten bei, daß man die europäischen Länder nicht in "genehme" und "nicht genehme" unterteilen könne (Exkurs: Innere Situation der MOE). Insbesondere dürfe es nicht zu neuen wirtschaftlichen Trennlinien in Europa kommen - denn wenn die Reformen in Mittel- und Osteuropa nicht funktionierten, werde es zu enormen Völkerwanderungen in

Richtung Westen kommen. Ministerpräsident Gonzales und der Bundeskanzler bekräftigen erneut die hohe EG-Priorität, Demokratisierung, Verankerung demokratischer Institutionen und wirtschaftliche Erholung bei den MOE zu unterstützen und sie im Rahmen vernünftiger Assoziierungsverträge an die Gemeinschaft heranzuführen.

Der Ministerpräsident betont, daß man in den Präambeln der Assoziierungsverträge nicht nur die Beitrittsperspektive eröffnen, sondern auch Vorsorge treffen müsse, daß die assoziierten Staaten auf ihren Beitritt konkret vorbereitet und bereits jetzt in den politischen Verbund einbezogen würden.

Der Ministerpräsident fährt zur Lage in der Sowjetunion - "oder was davon bleibt" - fort, europäisches Interesse sei, daß die nach dem Putsch angelaufenen Prozesse nicht nur insgesamt gut ausgehen, sondern daß auch eine gewisse Unionsstruktur in Politik, Wirtschaft und Markt erhalten bleibe. Spanien habe aus gutem Grund 1,5 Milliarden Dollar - mehr als die USA! - in die Perestroika investiert. Es sei deshalb in hohem Maße interessiert, daß die Dinge nicht auseinanderfielen, sondern sich zu einer erneuerten Union entwickelten. Dies müsse man wirtschaftlich unterstützen.

Der Bundeskanzler pflichtet bei: Er habe in kürzlichen Telefongesprächen mit Staatspräsident Gorbatschow und Präsident Jelzin immer wieder betont, wenn man die Union in einzelne Republiken auflöse, werde man scheitern. Klug sei hingegen, ein ausgewogenes föderales System zu gestalten. Er pflichte dem Ministerpräsidenten voll und ganz bei: Man müsse auch seitens des Westens helfen. Er habe dies Präsident Bush soeben erneut verdeutlicht. Dabei gelte: Wer schnell hilft, hilft doppelt. Selbstverständlich könne es nur um Hilfe zur Selbsthilfe gehen (Exkurs: Gespräch mit litauischem Ministerpräsident Vagnorius, dessen Reformprogramm als Vorbild für Jelzins).

Für uns - so der Bundeskanzler weiter - bedeute unser Engagement für die Sowjetunion und für die MOE inzwischen auch ein innenpolitisches Problem: Denn unsere Unterstützungsleistungen seien nicht mehr in Parlament und Öffentlichkeit zu vermitteln, wenn gleichzeitig der Eindruck bestehe, daß wir im Grunde die Bürde allein schulterten (Exkurs: Zahlenbeispiele). Die USA müßten deutlich mehr tun, insbesondere aber müsse man mit Japan energisch reden.

Der Bundeskanzler spricht sodann die Lage in Jugoslawien an: Bei ihrer Beurteilung gebe es offenbar in Europa unterschiedliche psychologische Ausgangslagen. Für uns gelte: Der Balkan sei nicht der Nabel der Welt (Exkurs: Bismarck-Zitat "... nicht die Knochen eines einzigen pommerschen Grenadiers wert.").

Gleichzeitig sei in Jugoslawien - so schrecklich das Geschehen dort selbst sei - der große Fortschritt auf internationaler Ebene sichtbar: Wäre dieser Konflikt 1975, auf dem Höhepunkt der Breschnew-Ara ausgebrochen, stünde man am Rande des dritten Weltkrieges. So sei der Konflikt - jedenfalls bisher - nur lokal.

Für die Deutschen habe der Konflikt besondere historische und psychologische Dimensionen (Exkurs: Pariser Vorortverträge). Nach der Geschichte des Zweiten Weltkrieges sei es jedenfalls ein völlig abwegiger Gedanke, deutsche Soldaten jetzt dorthin zu schicken - und zwar unabhängig davon, ob unsere Verfassung dies erlaube oder nicht.

Bei uns - so der Bundeskanzler weiter - lebten zur Zeit etwa 700.000 Jugoslawen, davon etwa zwei Drittel Kroaten (Exkurs: Aktivitäten katholisch-kroatischer Gemeinden).

Schließlich müsse man sehen, daß Serbien - zum Teil ohne jede Vernunft - eine expansive Politik in Richtung Groß-Serbien betreibe. Aber auch der kroatische Präsident sei nicht der vernünftigste. So habe er Tudjman dringend geraten, der serbischen Minderheit ein großzügiges Angebot zu machen - dies sei jedoch nicht geschehen.

Wie es in Jugoslawien weitergehe, sei sehr schwer abzuschätzen. Einig sei man sich - mit Einschluß Belgrads - wohl nur darin, daß Slowenien endgültig den Weg in die Unabhängigkeit gehen werde. Dies werde aber im verbleibenden Restjugoslawien die Gewichte deutlich zugunsten der Serben verschieben und damit neue Konfliktfelder auf tun.

Insgesamt - so der Bundeskanzler weiter - glaube er nicht mehr an eine friedliche Lösung, wenn man es auch mit allen Kräften weiterhin versuchen müsse. Die Idee

einer Friedenstruppe könne im übrigen nur funktionieren, wenn beide Seiten einverstanden sind. Dies aber sei nicht der Fall.

Ministerpräsident Gonzales fragt, ob man - insbesondere in der Europäischen Gemeinschaft - Fehler bei der Bewältigung der Krise gemacht habe oder aber gar nicht anders habe handeln können. Insbesondere frage er sich, ob eine internationale Anerkennung Kroatiens die Lage stabilisiert hätte. Er sehe keine schlüssige Antwort.

Zur Situation in Spanien führt er aus, daß, zunächst in der Bevölkerung keine besondere Stimmung zugunsten der einen oder anderen Partei vorgeherrscht habe, jetzt sich die emotionale Waage aber deutlich zugunsten der Kroaten neige. Die täglichen Fernsehberichte täten ihre Wirkung.

Der Bundeskanzler hält eine Anerkennung als solche für keine Lösung, da sich insbesondere die Frage der inneren Grenzen und Minderheiten stelle. Auch frage er sich, was danach komme - Mazedonien? Bosnien? Er halte jedenfalls das Problem der Kosovo-Albaner am kritischsten. Wenn dort Blut fließe, könne die Lage leicht völlig außer Kontrolle geraten.

Bekanntlich wollten nunmehr einige Staaten den Weltsicherheitsrat anrufen - er aber sehe schon jetzt voraus, da dies nicht laufen werde. Präsident Bush habe für die USA entschieden abgelehnt. Er werde keinen einzigen Soldaten dorthin schicken. Das gleiche gelte für Premierminister Major.

Ministerpräsident Gonzales sieht seinerseits keine Lösung, unter der Jugoslawien - in welcher Form auch immer - zusammenbleibe. Dies habe ihm auch Staatspräsident Mitterrand bestätigt. Andererseits sehe er zur Zeit keine Möglichkeit, diesen Prozeß durch Dialog zu einem friedlichen Ende zu bringen. Auch eine Internationalisierung an sich helfe nicht - und der 7. Oktober (auslaufendes Brioni-Abkommen) nahe schnell.

Der Bundeskanzler betont, die Bundesrepublik Deutschland werde in Sachen Anerkennung keinen Alleingang machen. Zwar wolle der Vatikan, daß die Deutschen vorangingen - doch er werde diesen Ratschlag zurückgeben. Auch andere würden sich gerne hinter dem deutschen Rücken verstecken.

Natürlich bedrücke die Lage in Jugoslawien sehr, was dort mit der Zivilbevölkerung geschehe sei unglaublich. Aber man dürfe die Entwicklung in Europa nicht von Belgrad abhängig machen. Dies sei der Fehler von 1914 gewesen - and das Ergebnis sei bekannt, obwohl damals keine der Großmächte Krieg gewollt habe.

Der Bundeskanzler erläutert sodann die mit Staatspräsident Mitterrand vorbereitete gemeinsame Erklärung. Ministerpräsident Gonzales hält sie für ausgezeichnet.

Auf Frage des Ministerpräsidenten nach dem Projekt Metro-Medellin sagt der Bundeskanzler nähere Informationen über die Mitarbeiter zu.

(Dr. Kaestner)

[\[1\]](#) BArch, B 136/59746, 119-126.

Head of Division 21
Bonn, 20 September 1991
MDg. Dr. Kaestner

M e m o r a n d u m

Subject: The Chancellor's Meeting with Spanish Prime Minister Felipe Gonzales, Thursday, 19 September 1991, 11:20 until 12:46 hours[\[1\]](#)

The Chancellor cordially greets Prime Minister Gonzales. Following up on one of their previous meetings, they agree to spend a weekend together in the Western Sahara in a Moroccan oasis in early 1992, after the convocation of the Western Sahara forum.

Prime Minister Gonzales says that he had already told King Hussein of their project and they would certainly be invited for a visit at his palace. In advance, they would certainly see each other in November to prepare for the European Council in Maastricht.

The Chancellor affirms this. Thereupon, he reports about Germany's progress nearly one year after unification on 3 October 1990. Regarding economics, they still had two difficult years to endure before one could reach a breakthrough. This view was shared by Prime Minister Stolpe of Brandenburg as well, for instance. He, the Chancellor, would be in good shape to win the 1994 elections. We nevertheless had to cope with awful damages - epitomized by the Stasi problems. It would take a long time to repair this, perhaps even a generation (excursus: fate of Spanish revolutionaries).

The Chancellor says he was not happy with the state of things in the EC. Yesterday, he had had a long conversation with President Mitterrand. They had agreed to cooperate closely. His suggestion for the Prime Minister was to do the same.

The European Council in Maastricht had to be successful. It was imperative for us to establish the political union and the economic and monetary union. This was essential for European and German reasons. From the German perspective, Europe's unity was at least as existential as Germany's. There would only be peace in the heart of Europe if the 80 million Germans built a European roof. Otherwise, we would always have chatter about the past.

From his vantage point - the Chancellor says with vivid affirmation from the Prime Minister - there could not be an economic and monetary union without the political union, and vice versa. We had to detail the structure of the political union, aiming for a step-by-step procedure, for instance, with regards to the rights of the European Parliament. One had to determine the timetable now as one had done with the adoption of the common market in 1986. The question was not about a year, more or less - the decisive thing was that the entire process was irreversible (excursus: domestic problems in the Netherlands standing in the way of progress).

The Chancellor says that we had to make progress against massive opposition. President Mitterrand had to move as well with regards to the European Parliament. Meanwhile, he tended toward the position that one did not need the parliament at all - this was the same kind of attitude that he displayed at home toward the national assembly.

Prime Minister Gonzales affirms that one had to push Europe's integration with determination at this peculiar point in time - especially against the backdrop of the failed coup in the Soviet Union - both in its domestic and its external dimensions.

- The liquidation of the old bloc order had affected Europe and the entire world. Germany was the country that was affected the most, as it got into an entirely new position, both in its domestic and external relations. This was a change in status without a historic precedent.

- The Community was the cornerstone of stability for the emergence of Europe as a whole. Today, it could not yet play the kind of a stabilizing role that we were expecting from it. Still, it was the reference point not just for the twelve, but also for Europe at large and beyond. Thus, one had to terminate the false debate about its deepening and its expansion. This was not about alternatives, but about

complementary processes. It goes without saying that the Community had to become more solid internally – it had to pave the way toward the political union and the economic and monetary union as well. This would put the EC into a position to contribute to Europe's architecture and – in the immediate objective – facilitating the association of the countries in Central, Eastern, and Southern Europe. Unfortunately, there was currently confusion: Seen from the outside, it seemed like the Community was divided in states which were allowed to join and those which were not.

- 1998 would be a key year for the European process: It was start of the next legislative period of the European Parliament, now equipped with more rights than it had previously, and it was a decisive year for the European Central Bank.

The Chancellor very much agrees with the date, emphasizing that the emergence of the European Central Bank could only succeed if it was not a provisional arrangement.

Prime Minister Gonzales says that one had to think in European criteria. Albeit that not everybody could say this about his own country, he wanted to underline that Franco-German consensus was absolutely decisive for Europe's unity. In terms of one's preparatory work for the European Council in Maastricht, his greatest concern was that one had an oversized agenda with too many unresolved questions. Thus, one had to agree on the texts in advance, assembling one's closest staff. If Germany, France, and two or three other countries could this, the summit would be successful.

The Chancellor agrees.

The Chancellor refers to his nine-year tenure and his workload, of which he did not once indulge an enemy. However, he felt that he would commit desertion if he did not undertake a bold effort to finalize Europe's unity after Germany's unification. He was forced to do this with determination, both by the domestic situation in Germany (excursus on CDU and SPD) as well as on account of the situation wherein the most important partner countries were governed by policymakers who wanted to move this along energetically. This applied to Prime Minister Major, who would be even more willing to move more forcefully toward European integration once he was reelected. History did not repeat itself. In 1990, we just had had a quarter of a year to pave the road towards Germany's unification. Today, it would no longer be possible.

One had to give Europe the highest priority. With regards to the political union, he saw progress in President Mitterrand's position – he had reported this back to President Bush. One must not let a controversy develop that distinguished between Europe and NATO; one had to advance both, jointly. France was ready to this, also with regards to the expansion of the Franco-German brigade, and one could think about other countries joining in, like Spain, for instance.

Prime Minister Gonzales says that, regarding his own almost nine-year tenure, one would drop one's vanity if he had not become insane. The only goal remained to move things forward, irreversibly, in one's own country and in Europe. This objective was more important in comparison to the grueling, small-scale inner-party war and day-to-day life of politics. Of course, it was necessary to make decisions that seemed to be against one party if one viewed them from the exterior.

He endorses the Chancellor's statement: The challenges had to be mastered by December – history did not repeat itself.

The Chancellor affirms and says that one must not divide up Europe, distinguishing between "acceptable" and "unacceptable" countries (excursus: domestic situation in Central and East European countries). Notably, there should not be new economic dividing lines in Europe. If the reforms in the Central and Eastern European countries did not work, we would be faced with an enormous mass migration toward the West.

Prime Minister Gonzales and the Chancellor again affirm the EC's priority objective to support democratization, the establishment of democratic institutions, and the economic recovery in Central and Eastern Europe within the framework of sensible association agreements bringing these countries closer to the European Community.

The Prime Minister emphasizes that one had to use the preambles of the association treaties not just to open up membership perspectives but also as a way to prepare the associated states, specifically, for membership, including them in the EC's political federation at the same time.

The Prime Minister mentions the situation in the Soviet Union "or what was left over from it," arguing that the process after the coup had produced a good conclusion, maintaining some kind of a union structure in politics, economics, and trade. There was a good reason for Spain to invest 1.5 billion dollars in perestroika - more than the USA! Thus, he had a peculiar interest in trying to avoid disintegration and the establishment of a new union. One ought to support this economically.

The Chancellor endorses this: In his recent telephone conversation with President Gorbachev and President Yeltsin, he had stressed time and again that one would fail if one dissolved the Union into individual republics. It would be wise to have a balanced federal system. He fully endorsed the Prime Minister's remarks. The West had to provide aid. He had just reaffirmed this in his meeting with President Bush. The following applied here: Those who provided help quickly helped in two ways. Of course, it could merely be help for self-help. (Excursus: Conversation with Lithuania's Prime Minister Vagnorius and the latter's reform program as a model for Yeltsin).

Meanwhile, our commitment toward the Soviet Union and the Central and Eastern European states had turned into a domestic problem for us. Our support payments could no longer be justified in parliament and in public opinion if people were under the impression that we had to carry the burden alone (Excursus: Numbers). The USA had to do considerably more, and one had to approach Japan energetically.

The Chancellor mentions the situation in Yugoslavia thereafter. Obviously, when one assessed it, there were diverging psychological positions in Europe. Our position was: The Balkans were not the hub of the world. (Excursus: Bismarck quote "...not worth the bones of a single Pommeranian grenadier.").

At the same time, Yugoslavia signified the enormous progress that had been achieved in international affairs, even if events were horrific. If this conflict had evolved in 1975 at the pinnacle of the Brezhnev era, one would have been faced with the prospects for World War III. The current conflict was - so far - merely a local one.

From a German perspective, the conflict had particular historical and psychological dimensions. (Excursus: Paris Suburb Contracts). After the Second World War, it would be an entirely absurd idea to send German soldiers to the Balkans - independently from whether our constitution allowed it or not.

There were about 700,000 Yugoslavs living in Germany (Excursus: activities of Croatian Catholic communities).

Finally, one had to take into account that Serbia pursued an expansive policy aimed at the establishment of a Greater Serbia. But the Croatian President was also not the most sensible man. He had given Tudjman the urgent advice to give the Serbian minority a generous offer - with no results yet.

It was very hard to predict the future in Yugoslavia. There was consensus - even in Belgrade - that Slovenia would have its independence. This would change the balance within the rest of Yugoslavia, further increasing Serbian influence and leading to new areas of conflict. Overall, the Chancellor continues, he no longer believed in a peaceful solution, albeit that one still had to try mobilizing all forces. The idea of a peace force could only work if both parties agreed. This was not the case, though.

Prime Minister Gonzales queries as to whether one had committed mistakes in the management of the crisis, particularly in the European Community, or if one could not have acted in a different way. He especially wondered if Croatia's international recognition would have stabilized the situation. He could not give a clear answer, though. Regarding the situation in Spain, he says that there was no particular mood in favor of one party amongst the population, so far. Meanwhile, the emotional mood was changing in favor of the Croats due to the daily images on TV.

The Chancellor maintains that recognition as such was not the solution, given the unresolved questions of inner frontiers and minorities. His question was also what would come next - Macedonia? Bosnia? He thought the problem of the Kosovo Albanians was the most critical one. If there was bloodshed in Kosovo, the situation could easily get out of control. It was well known that a variety of countries wanted to call on the UN Security Council. He was anticipating that this could not work. President Bush did not want to go this way. He was not willing to send a single soldier. The same applied for Prime Minister Major.

Prime Minister Gonzales is unable to envisage a solution under which Yugoslavia

could stay together in any form, whatsoever. Mitterrand had confirmed this. On the other hand, he did not see an opportunity to resolve the process peacefully through dialogue. Internationalizing it did not help and October 7 was approaching very fast (expiring Brioni-Agreement).

The Chancellor says that the Federal Republic would not pursue a solo effort in terms of recognition. He turned down the Vatican's suggestion for the Germans to take the lead. Others were hiding behind Germany's back as well. The situation in Yugoslavia weighed him down very much. The suffering of the civil population was unbelievable. But one must not make Europe's development dependent on Belgrade. This had been the mistake in 1914, and the result was well known, despite the fact that the great powers had not wanted war.

The Chancellor elaborates on the statement that he had previously prepared with President Mitterrand. Prime Minister Gonzales asserts that it was excellent.

Upon the Prime Minister's inquiry about the subway project in Medellin, the Chancellor pledges to share detailed information through his staff.

(Dr. Kaestner)

[\[1\]](#) BArch, B 136/59746, 119-126.